

Die Strafmediation bekommt eine

zweite Chance

Eine klare Mehrheit (ohne die SVP) schiebt das Geschäft zurück an die Kommission

159. Sitzung, Montag, 19. Juni, 8 Uhr 15
Vorsitz: *Hartmuth Aitenhofer* (sp., Zürich)

brh. Für die zurückgetretene *Esther Arnet* (sp., Dietikon) leistet *Rolf Steiner* (sp., Dietikon) das Amtsgelübde.

Neue «Kommissionsarchitektur»

Die Geschäftsleitung des Kantonsrats will die Ratsarbeit effizienter organisieren; es geht um die Besetzung und die Zuständigkeiten der Geschäftsleitung, der Sach-, Aufsichts- und Spezialkommissionen sowie der Interfunktionalen Konferenz.

Der *Rat* überweist die Motion der Geschäftsleitung diskussionslos an die Geschäftsleitung.

Nochmals Debatte zur Strafmediation

Bei der zweiten Lesung zu diversen Gesetzesänderungen im Strafverfahren geht es unter anderem nochmals darum, ob der Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage für die Strafmediation schaffen will. *Bernhard Egg* (sp., Elgg) erläutert im Namen der

sinnvolles Instrument und erspart zukünftige Kosten. Es sind nun seit der ersten Lesung neue Argumente aufgetaucht, und es ist nicht verwerrlich, gescheiter zu werden. Die Kommission soll die Argumente prüfen. *Barbara Steinemann* (svp., Regensdorf) will das Strafmopol ausschliesslich in den Händen des Staates belassen. Offenbar haben einige Private fest mit einem Job gerechnet und spannen nun die Medien ein. Wir akzeptieren den damals von der Ratsmehrheit gefällten Entscheid, dass die Staatsanwaltschaft für Mediation zuständig sein soll. *Alfred Heer* (svp., Zürich) beschimpft die Fraktionen von CVP und FDP. Sie haben ein Rückgrat in der Stärke eines Zahnstochers und sind zu dumm für die Kommissionsarbeit. Zwei Schüleraufsätze im «Tages-Anzeiger» und in der *NZZ* führen dazu, dass zwei Fraktionen drei Tage später umkippen. Es gibt keine neuen Zahlen, nur andere Argumente.

Justizdirektor Markus Natter ergreift das Wort. Ich habe den Eindruck, dass es eine Mehrheit gibt, die grundsätzlich der Meinung ist, Strafmediation sei ein sinnvolles Instrument; dann lohnt es sich, die Kosten nochmals anzusehen. Es ist uns offenbar nicht gelungen, dafür zu sorgen, dass unsere Botschaft in der Kommission richtig ankommt. Darum hat es Sinn, die Sache nochmals anzusehen.

Der *Rat* stimmt einer Rückweisung jener Paragraphen, welche die Strafmediation betreffen, mit 102 zu 58 Stimmen zu.

Den weiteren Änderungen im Strafverfahren stimmt der *Rat* anschliessend diskussionslos zu, mit 128 zu 0 Stimmen.

Lorenz Habicher (svp., Zürich) stellt einen Ordnungsantrag. Hat es Sinn, eine Schlussabstimmung durchzuführen, wenn Teile des Gesetzes zurückgewiesen werden? Das geht ordnungspolitisch nicht auf. Wir müssten die Schlussabstimmung zurückstellen. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) findet es auch ungewöhnlich, eine halbe Vorlage zu verabschieden. Der *Ratsvorsitzende* und der *Justizdirektor* entgegen, ein solches Vorgehen komme zwar nicht häufig vor, sei aber durchaus rechtens.

Das neue Jugendstrafgesetz

Ebenfalls in zweiter Lesung behandelt der *Rat* die notwendigen gesetzlichen Anpassungen an den geänderten allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches und an das neue Jugendstrafgesetz.

Es kommt zu keiner Wortmeldung aus dem *Rat*. Diskussionslos werden die Gesetzesänderungen mit 133 zu 0 Stimmen angenommen.

Das Gewaltschutzgesetz

Als dritte Vorlage in zweiter Lesung behandelt der *Rat* schliesslich noch das Gewaltschutzgesetz.

Wiederum wird das Wort nicht ergriffen. In der Schlussabstimmung stimmt der *Rat* dem neuen Gesetz mit 92 zu 48 Stimmen zu.

Der *Ratsvorsitzende* macht die männlichen Parlamentarier darauf aufmerksam, dass sie in der Pause auf der Rathausbrücke ihre Schlagkraft beweisen können. Es handelt sich um eine Aktion von Amnesty International gegen die häusliche Gewalt, die sich speziell an Männer richtet.

Susanne Rihs (gp., Glattfelden) verliest eine Fraktionserklärung der Grünen zum Thema Ozon. Seit Tagen werden die Ozonwerte massiv überschritten. Wir fordern kurz- und langfristige Massnahmen, die endlich zu vollziehen sind. *Willy Germann* (cvp., Winterthur) verliest eine Fraktionserklärung der CVP zu Verzögerungen in der Flugverkehrspolitik des Kantons. Es weist alles darauf hin, dass der Bund auf die entsprechenden Eckwerte aus dem Zürcher Volksentscheid wartet.

Keine Zentralisierung auf Gemeindestufe

Die FDP will den Regierungsrat mittels Postulat damit beauftragen, dass im Rahmen der Agglomerationsprogramme ein Pilotprojekt unter dem Titel «Zusammenarbeit statt Zentralisierung» lanciert wird.

Claudio Schmid (svp., Bülach) erläutert die Auffassung der SVP. Diese erachtet die Überweisung des Postulats als überflüssig. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden funktioniert bestens, gesetzliche Grundlagen zu fordern, ist unnötig. *Carmen Walker Späh* (fdp., Zürich) begründet als Erstunterzeichnerin den Vorstoss. Die Gemeinden stehen vor grossen Herausforderungen, vor allem die Agglomerationsgemeinden. Mit den Agglomerationsprogrammen ergibt sich die Chance, neue Erfahrungen zu sammeln. *Peter Anderegg* (sp., Dübendorf) erklärt die Unterstützung der SP. Die Agglomerationsgemeinden werden die Zusammenarbeits-Diskussionen führen müssen. Es existieren im Kanton Zürich über 200 Zweckverbände, die sind zum Teil demokratisch schlecht abgesichert. *Dieter Klätz* (fdp., Winterthur) erinnert an die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Gemeinden. Es ist auch an das veränderte Umfeld zu denken, welches vor allem die Finanzen und die personelle Situation betrifft. *Robert Brunner* (gp., Steinmaur) erwähnt die hürdenreiche Zusammenarbeit im Bereich des Trinkwassers. Neue Formen der Zusammenarbeit können mit Pilotprojekten gefördert werden.

Willy Haderer (svp., Unterengstringen) hat in seiner Funktion als Gemeindepräsident wenig Freude am Postulat. Es geht um ein linkes Anliegen. Wir haben bereits die Gremien, in denen die Agglomerationsprogramme behandelt werden. Es wird immer wieder über die Zweckverbände geschimpft. Ich glaube nicht, dass wir neue Strukturen brauchen. *Heinz Jauch* (cvp., Dübendorf) stellt fest, dass Fusionsprojekte im Kanton Zürich einen schweren Stand haben. Doch es ist sehr wohl bekannt, dass die Probleme nicht an der Gemeinde- oder Bezirksgrenze Halt machen. Die EVP will das Postulat überweisen. *Hans Heinrich Raths* (svp., Pfäffikon) findet, dass die Gemeinden heute schon in vielen

Bereichen gut zusammenarbeiten. Im Prinzip wollen die Postulanten Zweckgemeinden einführen. Diese Form ist nicht tauglich. Das ist nichts anderes als eine zusätzliche, staatliche Ebene. *Ernst Meyer* (svp., Andelfingen) bricht ebenfalls eine Lanze für die Zweckverbände. *Peter Anderegg* (sp., Dübendorf) wundert sich über die Voten der Gemeindepräsidenten. Sie wähen sich als kleine Könige, die Gemeinde wird als Insel betrachtet. Das Postulat ist wichtig. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) widerspricht dem Vorredner. Wir finden ganz einfache Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. *Richard Hirt* (cvp., Fällanden) betont, die Gemeindepräsidenten seien vielleicht kleine Könige, aber immerhin vom Volk gewählt und nicht von Gott bestimmt. Die heutige Zusammenarbeit funktioniert, mit den Zweckverbänden und anderen Zusammenarbeitsformen.

Der *Rat* stimmt ab und überweist das Postulat mit 95 zu 59 Stimmen an den Regierungsrat.

Neue, kantonale Wahlhürde?

Vertreter von EVP, GP und CVP verlangen die Abschaffung der prozentualen Wahlhürde für die Kantonsratswahlen. Die Motion soll als Postulat entgegengenommen werden. Eine parlamentarische Initiative der SVP verlangt andererseits die Einführung einer kantonsweiten 3-Prozent-Hürde.

Felix Hess (svp., Mönchaltorf) äussert die Ablehnung der SVP zum Postulat. Wir sind der Meinung, dass kantonal die Wahlhürde auf 3 Prozent anzusetzen ist. Wir wollen keine weitere Zersplitterung mit Gruppierungen, die lokale Interessen vertreten. Das Parlament muss gestärkt werden, wir wollen keinen Minderheitsentscheid betreiben. *Peter Reinhard* (cvp., Kloten) findet, der Wählerwille müsse möglichst unverfälscht zum Tragen kommen. Die parlamentarische Initiative hingegen hat keinen Sinn. Die kantonale Wahlhürde erschwert den Wählerwillen. Es sind nicht die kleinen Fraktionen, die die Ratsarbeit belasten. *Ernst Meyer* (svp., Andelfingen) äussert sich als Erstunterzeichner der parlamentarischen Initiative. Wir beantragen, dass nur noch Listengruppen teilnehmen können, die 3 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Wir beugen einer Zersplitterung des Rats vor. Nicht einige wenige Irrgänger sollen die Geschicke des Kantons leiten. *Lucius Dürr* (cvp., Zürich) empfindet die heutige 5-Prozent-Wahlhürde als eine klare Verschlechterung. Wir sind der Meinung, alle Parteien, die die nötigen Stimmen erreichen, sollen entsprechend mit Sitzen belohnt werden, das macht unsere direkte Demokratie aus. *Ruedi Lais* (sp., Wallisellen) erläutert, wer für die kleinen Parteien stimme, wisse nicht, ob diese auch im Rat vertreten sein können. Wir wollen das Postulat überweisen. Doch Demokratie besteht auch durch das Funktionieren des Rats. Hier wäre es sinnvoll, ein System zu schaffen, in dem alle in den Fraktionen mitarbeiten könnten. Die SP wird das Postulat unterstützen, jedoch nicht die parlamentarische Initiative, hier wird eine Ungerechtigkeit durch eine andere ersetzt. *Esther Guyer* (gp., Zürich) erinnert daran, dass sich die Grünen schon immer für ein faires und gerechtes Wahlverfahren eingesetzt hätten. Pukelsheim hat uns einen Schritt weitergebracht. Doch eine Prozenthürde ist undemokratisch, dabei bleiben wir. Einzelmasken haben es schwierig, zu politisieren, aber die meisten schliessen sich einer Fraktion an. *Susanne Bernasconi* (fdp., Zürich) findet, das neue Wahlverfahren habe den ersten Testlauf gut bestanden. Der zweite Test wird in den Kantonsratswahlen folgen. Die FDP ist gegen das Streichen der Hürden, eventuell kann es nach dem zweiten Test zu Modifikationen kommen. *Werner Honegger* (svp., Bubikon) betont die Bedeutung einer Prozentklausel für den ganzen Kanton. *Ralf Margreiter* (gp., Oberrieden) erinnert an den Gang der Grünen vor Bundesgericht, um für demokratische Wahllösungen zu kämpfen. Pukelsheim wurde durch die Quoren zerstört. Diese Quoren werden zu Recht nun wieder zur Diskussion gestellt. Das System könnte verbessert werden. Doch es gibt keine Bevorzugung der kleineren Parteien, es wurden bloss Benachteiligungen abgeschafft. Das Postulat geht in die richtige Richtung. *Stefan Dollemeyer* (edu., Rütli) will ein gerechteres Wahlsystem. Die Methode von Pukelsheim war gut und gerecht, bis die Mehrheit des Rates sie verwässert hat. Die 5-Prozent-Hürde war ein Fehler, korrigieren wir ihn heute. Eine 3-Prozent-Hürde im ganzen Kanton wäre ein kapitaler Fehler. *Hans Jörg Fischer* (sd., Egg) empfindet die 5-Prozent-Hürde ebenfalls als ein Problem.

Der *Rat* stimmt der Überweisung des Postulats mit 99 zu 57 Stimmen zu. Unterstützung findet auch die parlamentarische Initiative, nämlich von 74 Kantonsräten.

Korrekturen am Finanzausgleich

Von Seiten der SVP werden diverse Korrekturen am Finanzausgleich verlangt: Die Bezügergemeinden sollen bei den bevorstehenden Änderungen nicht schlechtergestellt werden, die Investitionsbeiträge an finanzschwache Gemeinden seien wieder auszurichten und der massgebende tiefste Steuerfluss nach neuen Kriterien zu berechnen.

Ueli Ammen (sp., Illnau-Effretikon) spricht zu allen drei Vorstössen. Das Gemeinsame besteht darin, dass man ein paar Pfähle einrammen will, am Vorabend zum Entwurf des Regierungsrates. Es ist ungeschickt, gewisse Parameter jetzt schon festlegen zu wollen. Das eigentliche Hauptanliegen ist wohl, dass der neue Finanzausgleich für die Gemeinden neutral ausfallen hat. Das bedeutet Abbruch der Übung. Bei einer Reform des Finanzausgleichs wird es Gewinner und Verlierer geben. Eine Bestandegarantie ist absurd und nicht zielführend. Die Wiederaufnahme der Investitionsbeiträge wäre ein Schilddrüsenstreich. *Robert Brunner* (gp., Steinmaur) bezweifelt, dass zusätzliche Investitionsbeiträge zielfokussiert sind. *Martin Arnold* (svp., Oberrieden) spricht als Erstunterzeichner der zwei Postulate sowie der parlamentarischen Initiative. Diese drei Vorstösse bezwecken nicht, den Finanzausgleich grundsätzlich in Frage zu stellen. Die parlamentarische Initiative ist das Kernstück der drei Vorstösse. Sie soll den Mechanismus umkehren. Die beiden Postulate sind als flankierende Massnahmen zu verstehen. Es geht bei allen drei Vorstössen um notwendige Massnahmen, die den Finanzausgleich berechenbarer machen sollen. Er muss drastisch vereinfacht werden. Die schon oft angekündigte Reorganisation lässt auf sich warten. *Gaston Guex* (fdp., Zumikon) erläutert die Unterstützung der FDP für die drei Vorstösse. Wir sind enttäuscht und ungehalten über die verzögerte Behandlung des Finanzausgleichsgesetzes. Die heutige Lösung ist zum Nachteil aller und schwächt den Kanton Zürich im Steuerwettbewerb mit anderen Kantonen. Steuerdisparität ist Realität und muss genutzt werden; gleichzeitig muss die Solidarität zwischen finanzstarken und -schwachen Gemeinden spielen. Für Zürich und Winterthur braucht es separate Lösungen. *Patrick Hächler* (cvp., Gossau) erläutert, dass die Vorstösse zum falschen Zeitpunkt kämen. *Mathias Gfeller* (gp., Winterthur) findet es ein ungünstiges Signal, wenn man jetzt einzelfallweise Änderungen vornehmen möchte. Eine ausgewogene Gesamtschau ist notwendig, auf die warten wir schon eine Weile. Mehr Transparenz erreichen wir mit diesen drei Vorstössen nicht. *Heinz Jauch* (cvp., Dübendorf) erinnert daran, dass der neue Finanzausgleich bald vorgelegt werden soll. Wenn das so ist, können solche Anliegen warten.

Rienigerat Markus Natter äussert sich zum Stand der Revision des Finanzausgleiches: Zentral ist, ob man den indirekten Finanzausgleich abschaffen will, nämlich die Staatsbeiträge, das ist die Gretchenfrage. Es geht um jährlich rund 200 bis 250 Millionen Franken, die auf diesem Wege unverteilt werden. Die Beantwortung dieser Frage bestimmt die Neuerung wesentlich. Das System soll auch vereinfacht werden. Der Regierungsrat wird noch in dieser Legislatur eine zweite Vernehmlassungsvorlage verabschieden. Der Antrag kommt wohl im nächsten Jahr an den neuen Kantonsrat.

Der *Rat* überweist das eine Postulat mit 77 zu 71 Stimmen, das andere mit 79 zu 75 Stimmen. Auch die parlamentarische Initiative wird mit 79 Stimmen unterstützt.

Rücktritt

Der *Ratsvorsitzende* verliest das Rücktrittsgesuch von *Jürg Stünzi* (gp., Küssnacht) auf den 12. Juli 2006.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr 53.

Nächste Sitzung: 26. Juni, 8 Uhr 15.